

URGENT ACTION

NGO-MITARBEITER NICHT AN GRIECHENLAND AUSLIEFERN!

NORWEGEN

UA-Nr: UA-022/2026 AI-Index: EUR 36/0840/2026 Datum: 23. März 2026 – mr

TOMMY OLSEN

Am 16. März 2026 wurde Tommy Olsen, ein norwegischer Menschenrechtsaktivist und Gründer der NGO Aegean Boat Report, in Tromsø in Untersuchungshaft genommen. Grund war ein von den griechischen Behörden ausgestellter europäischer Haftbefehl. Der Haftbefehl geht auf griechische Ermittlungen aus dem Jahr 2022 zu seiner Tätigkeit mit Flüchtlingen und Migrant*innen zurück. Am 20. März wurde Tommy Olsen wieder freigelassen. Es droht ihm aber weiterhin die Auslieferung nach Griechenland. Dort könnte er bis zu 18 Monate in Untersuchungshaft genommen werden. Die Anschuldigungen gegen ihn stützen sich nicht auf Beweise und gehen auf einen Missbrauch der griechischen Anti-Schmuggel-Gesetze zurück. Amnesty International fordert die norwegischen Behörden auf, Tommy Olsen nicht auszuliefern, die internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten und Menschenrechtsarbeit zu schützen.

Die Festnahme und geplante Auslieferung von Tommy Olsen nach Griechenland gibt Anlass zu großer Sorge. Der norwegische Menschenrechtsaktivist ist der Gründer der NGO Aegean Boat Report. Tommy Olsen hat jahrelang Flüchtlinge und Migrant*innen bei ihrer Ankunft in Griechenland unterstützt, Fälle von Seenot dokumentiert und über schwere Menschenrechtsverletzungen berichtet, darunter illegale Pushbacks an den See- und Landgrenzen. Seine Arbeit ist legitim, humanitär und wichtig, um die Behörden zur Verantwortung ziehen zu können.

Am 11. Februar 2026 wurde Tommy von den norwegischen Behörden darüber informiert, dass nach einem Ermittlungsverfahren in Griechenland im Jahr 2022 ein europäischer Haftbefehl gegen ihn wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ausgestellt worden war. Diese Anschuldigungen werden nicht durch Beweise gestützt und stellen einen Missbrauch der Anti-Schmuggel-Gesetzgebung dar. Tommy Olsen ist zwar freigelassen worden, doch ihm droht nach wie vor die Auslieferung nach Griechenland. Dort könnte er bis zu 18 Monate in Untersuchungshaft gehalten werden.

Die Eskalation in seinem Fall sendet ein besorgniserregendes Signal hinsichtlich der Behandlung von Personen, die wichtige Menschenrechts- und humanitäre Aktivitäten durchführen. Dies geschieht in einer Zeit, in der Griechenland das bereits harte Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft weiter verschärft und NGOs ins Visier nimmt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Der 53-jährige Tommy Olsen gründete 2017 die Organisation Aegean Boat Report (ABR), nachdem er ehrenamtlich mit Flüchtlingen und Migrant*innen auf Lesbos gearbeitet hatte. Zusammen mit dem Menschenrechtler Panayote Dimitras von der NGO Greek Helsinki Monitor (GHM) wird er seit 2022 wegen Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt von Personen (Schleusung) und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung strafrechtlich verfolgt. Nach den Informationen, die Amnesty International vorliegen, stützen sich die Anklagen gegen Olsen und Dimitras nicht auf Beweise, stellen einen Missbrauch der Schleusergesetze dar und richten sich gegen die legitime Ausübung ihrer menschenrechtlichen Tätigkeit, darunter die Unterstützung von Migrant*innen und Flüchtlingen und der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen durch die griechischen Behörden.

Seit der Gründung von ABR hat Tommy Olsen die Ankunft von Flüchtlingen und Migrant*innen auf den griechischen Inseln in der Ägäis beobachtet, Notlagen und die unrechtmäßige Rückführung von Flüchtlingen (so genannte „Pushbacks“) an den See- und Landgrenzen Griechenlands dokumentiert und gemeldet sowie humanitären Organisationen, Dienstleistern und internationalen Medien wichtige Informationen zur Verfügung gestellt. Sein

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . SozialBank AG

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Mitangeklagter, Panayote Dimitras, hat zusammen mit dem griechischen Helsinki-Monitor die griechischen Behörden mehrmals wegen mutmaßlicher Pushbacks angezeigt.

Am 11. Februar 2026 wurde Tommy Olsen von den norwegischen Behörden darüber informiert, dass nach einem Ermittlungsverfahren in Griechenland im Jahr 2022 ein europäischer Haftbefehl gegen ihn wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung erlassen worden war. Am 16. März 2026 wurde er in seinem Haus in Tromsø festgenommen. Ein norwegisches Gericht entschied daraufhin, dass er an Griechenland ausgeliefert werden kann, und er wurde in Untersuchungshaft genommen. Gegen diese Entscheidung hat er Berufung eingelegt. Er wurde am 20. März bis zu seiner Berufungsverhandlung freigelassen, ist aber weiterhin von der Auslieferung bedroht. Panayote Dimitras, der griechischer Staatsangehöriger ist und sich in Griechenland aufhält, wurde bis zum Abschluss des Verfahrens Auflagen unterworfen, darunter ein Ausreiseverbot aus Griechenland, das seine Menschenrechtsarbeit beeinträchtigt, sowie eine regelmäßige Meldepflicht bei den Behörden.

Die Festnahme und geplante Auslieferung von Tommy Olsen sowie das laufende Strafverfahren gegen ihn und Panayote Dimitras finden in einem Klima wachsender Feindseligkeit gegenüber der Zivilgesellschaft in Griechenland statt. Seit 2018 missbrauchen die griechischen Behörden die Gesetze zur Bekämpfung von Schleusung und Beihilfe, um humanitäre Tätigkeiten und Solidarität mit Geflüchteten zu kriminalisieren. Gegen mehrere Personen wurde ermittelt und sie wurden strafrechtlich verfolgt, gleichzeitig war eine unbekannte Zahl von Migrant*innen und Flüchtlingen sowohl im Land selbst als auch an den Grenzen von Menschenrechtsverletzungen betroffen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, LUFTPOSTBRIEFE ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- NGOs und humanitäre Unterstützer*innen sollten geschützt und nicht durch den Missbrauch von Schmuggelgesetzen verfolgt werden. Norwegen sollte sich hier nicht mitschuldig machen. Ich fordere Sie auf, Tommy Olsen nicht an Griechenland auszuliefern und dafür zu sorgen, dass er für seine Menschenrechtsarbeit und seine Unterstützung von Menschen in Not nicht strafrechtlich verfolgt wird. Die Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen Norwegens in diesem Fall ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Freiheiten der Zivilgesellschaft und für die Abwehr von Versuchen, diejenigen zu kriminalisieren, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen aussprechen.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

JUSTIZMINISTER

Minister of Justice

Astri Aas-Hansen

Ministry of Justice, Postboks 8005 Dep, 0030 Oslo

NORWEGEN

Fax: (00 47) 22 24 60 40

E-Mail: justice@jd.dep.no

(Anrede: Dear Minister Astri Aas-Hansen /

Sehr geehrter Herr Minister)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT VON NORWEGEN

I.E. Frau Laila Hilde Stenseng

Rauchstraße 1

10787 Berlin

Fax: 030 - 50 50 58 601

Tel: 030 - 30 50 50 58 600

E-Mail: emb.berlin@mfa.no

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **23. September 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- NGOs and humanitarian workers should be protected, not prosecuted through the misuse of smuggling laws. Norway should not be complicit in this. I call on you to refrain from extraditing Tommy Olsen to Greece, ensuring that he is not sent to be prosecuted for his human rights work and for helping people in need. Upholding Norway's international human rights obligations in this case is critical to protecting civil society's freedoms and opposing attempts to undermine those speaking out against human rights violations.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Frühere Fälle, darunter der von Seán Binder und anderen Personen, die mit der NGO ERCI in Verbindung stehen, zeigen, wie Gesetze zur Bekämpfung des Menschenschmuggels missbraucht werden, um humanitäre Arbeit ins Visier zu nehmen. Auch wenn die Angeklagten in jenem Fall im Januar 2018 letztlich freigesprochen wurden, dauerten die Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung über sieben Jahre an, was ihnen erheblichen persönlichen und beruflichen Schaden zufügte und gleichzeitig zu einer abschreckenden Wirkung auf die Zivilgesellschaft beitrug.

Amnesty International hat eindeutig festgestellt, dass die griechische Gesetzgebung zur Bekämpfung des Menschenschmuggels nicht an internationale Standards angepasst ist und Menschenrechtsverteidiger*innen nicht ausreichend vor strafrechtlicher Verfolgung schützt. Die Anfang des Jahres von Griechenland eingeführten neuen Vorschriften, die die Mitgliedschaft in einer registrierten Migrations-NGO zu einem erschwerenden Faktor in Schleusungsfällen machen, schaffen grundlos eine gefährliche Verbindung zwischen legitimer Menschenrechtsarbeit und kriminellen Aktivitäten. Norwegen und andere europäische Länder dürfen sich nicht an den Versuchen beteiligen, diejenigen zu kriminalisieren, die sich mit Flüchtlingen und Migrant*innen solidarisieren und sich gegen die Verletzung ihrer Rechte aussprechen.

